

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

zum Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksache 10/89 —

zur Beratung des Agrarberichts 1983 der Bundesregierung

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. angesichts zunehmender Konzentrationstendenzen in der tierischen Erzeugung umgehend geeignete Maßnahmen zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft und zur Verhinderung unerwünschter Großbestände zu ergreifen. Dabei muß auch die Frage der Festsetzung von Bestandsobergrenzen und ähnlich wirkender Maßnahmen geprüft werden;
2. angesichts der Tatsache, daß
 - die Beiträge der Landwirte zur Altershilfe, Kranken- und Unfallversicherung in den zurückliegenden acht Jahren um jährlich 16 v. H., 11 v. H. bzw. 18 v. H. gestiegen sind,
 - die Einkommen im gleichen Zeitraum jedoch nur um durchschnittlich 1,2 v. H. zugenommen haben,

das eigenständige soziale Sicherungssystem in der Landwirtschaft bei stärkerer Orientierung der staatlichen Zuschüsse an der betrieblichen Leistungsfähigkeit zu erhalten und die Abdeckung strukturwandelbedingter Defizite (Alte Last) in der Unfallversicherung anzustreben;

3. wegen der hohen Dringlichkeit von Maßnahmen zur Verhinderung und Verminderung von Waldschäden und deren Folgen dafür Sorge zu tragen, daß als Ergänzung zu den bereits getroffenen Maßnahmen wesentliche weitere Schritte zur Luftreinhaltung, insbesondere zur Verminderung der Stickoxide und des Schwefeldioxids, sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Europäischen Gemeinschaft und in den anderen europäischen Staaten unternommen werden. Hierzu gehört auch die umgehende Einführung und Durchsetzung bleifreier Kraftstoffe.

Bonn, den 14. September 1983

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dr. Schmidt (Gellersen)

Vorsitzender

Müller (Schweinfurt)

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Müller (Schweinfurt)

Bei der Beratung des Agrarberichts 1983 der Bundesregierung in der 8. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Mai 1983 haben die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP den Entschließungsantrag eingebracht, der in der gleichen Sitzung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend und an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden ist.

Der federführende Ausschuß hat den Entschließungsantrag in seinen Sitzungen am 8. Juni und 14. September 1983 beraten. Der Haushaltsausschuß hat ihn in seiner Sitzung am 22. Juni 1983 beraten und die vorliegende Ausschlußfassung mit Mehrheit gebilligt.

Im einzelnen geht es bei dem Entschließungsantrag um folgendes:

Im Rahmen der alljährlichen Bestandsaufnahme der Agrar- und Ernährungspolitik der Bundesregierung durch den Agrarbericht hatten die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP den vorliegenden Entschließungsantrag eingebracht. Durch ihn sollte die Bundesregierung ersucht werden,

1. wegen der zunehmenden Konzentrationstendenzen in der tierischen Erzeugung geeignete Maßnahmen zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft und zur Verhinderung unerwünschter Großbestände zu ergreifen; dabei sollte auch die Frage von Bestandsobergrenzen oder ähnlich wirkender Maßnahmen geprüft werden;
2. im Hinblick auf
 - die Steigerung der Beiträge der Landwirte zu den einzelnen Zweigen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung in den zurückliegenden acht Jahren um jährlich 16,11 v. H. bzw. 18 v. H.
 - und die Einkommensanstiege im gleichen Zeitraum um lediglich 1,2 v. H.

das eigenständige soziale Sicherungssystem in der Landwirtschaft bei stärkerer Orientierung der Zuschüsse an der betrieblichen Leistungsfähigkeit zu erhalten und die Abdeckung der sog. Alten Last in der Unfallversicherung anzustreben;

3. wegen der hohen Dringlichkeit von Maßnahmen zur Verhinderung und Verminderung von Wald-

schäden und deren Folgen dafür zu sorgen, daß als Ergänzung zu den bereits getroffenen Maßnahmen wesentliche weitere Schritte zur Luftreinhaltung, insbesondere zur Verminderung der Stickoxide und des Schwefeldioxids, sowohl in der EG wie in den osteuropäischen Staaten unternommen würden.

Die Beratungen im federführenden Ausschuß haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

Nummer 1 wurde dahin gefaßt, daß geeignete Maßnahmen zur Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe und zur Verhinderung unerwünschter Großbestände umgehend zu ergreifen seien. Dabei sei auch die Frage der Festsetzung von Bestandsobergrenzen und ähnlich wirkender Maßnahmen zu prüfen.

Nummer 2 wurde von der Mehrheit unverändert angenommen. Die Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN hinsichtlich einer Beitragsstaffelung nach Betriebsgrößen, Beibehaltung der staatlichen Zuschüsse in der bisherigen Höhe und Einkommenssicherung für klein- und mittelbäuerliche Betriebe als „beste Sozialpolitik“ verfielen der Ablehnung. An der Mehrheit scheiterte auch der Antrag der Fraktion der SPD, die Bundesregierung um einen Gesetzentwurf zu ersuchen, der eine sozial gerechtere Verteilung der Bundesmittel nach Maßgabe der unterschiedlichen Einkommenssituation der Betriebe und in der Unfallversicherung entsprechend den Ergebnissen des Gutachtens über die Höhe der „Alten Last“ zum Ziel haben sollte. Die Mehrheit betonte, ihr gehe es darum, die Verteilung der staatlichen Zuschüsse an der betrieblichen Leistungsfähigkeit zu orientieren.

Nummer 3 wurde dahin ergänzt, daß die Maßnahmen zur Luftreinhaltung sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den Ländern der EG sowie in den übrigen europäischen Staaten gefordert werde. Einmütig wurde der Antrag um die Forderung nach umgehender Einführung und Durchsetzung bleifreier Kraftstoffe ergänzt.

Die Neufassung des Entschließungsantrags fand abschließend insgesamt die mehrheitliche Billigung des Ausschusses. Der Ausschuß bittet den Deutschen Bundestag daher, den Entschließungsantrag gemäß der Beschlußempfehlung anzunehmen.

Bonn, den 14. September 1983

Müller (Schweinfurt)

Berichterstatler